

# Keine Kostenbremse bei der Wirtschaftsförderung

## Linken-Forderung zur Mittelkürzung findet keine Mehrheit

*HA 73 03 09*

**Hanau** (rb). Die Forderung der Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung nach Kürzung der Haushaltsmittel für die städtische Wirtschaftsförderung findet keine Mehrheit. Das zeigte sich in der Sitzung des Struktur- und Umweltausschusses, wo die Linken mit ihrem Antrag allein standen. Angesichts der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden „immensen Kostensteigerungen“ sprach sich die Stadtverordnete Ulrike Feistel für eine Reduzierung der Mittel im Haushalt 2009 um 15 000 Euro aus. Ihr Argument: Es sei nicht ersichtlich, wie die städtischen Gelder verwendet werden. Laut Linken ließ sich die Stadt die Wirtschaftsförderung im Jahr 2006 noch 87 000 Euro kosten, in diesem Jahr seien es 216 000 Euro.

Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) und der zuständige Dezernent Dr. Ralf-Reiner Piesold (FDP) verteidigten die

Etattitel. Der OB sagte, eine Mittelkürzung sei das völlig falsche Signal. Die Bemühungen, neue Firmen anzusiedeln, rechneten sich langfristig für die Stadt in Form von neuen Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen, mit denen wiederum die soziale und kulturelle Infrastruktur ausgebaut werden könne.

Wirtschaftsdezernent Piesold rechtfertigte die Erhöhung der Aufwendungen mit zusätzlichen Kosten für eine Mitarbeiterin, den Aufbau einer Berufskakademie, die Kooperation mit der Uni Frankfurt und den Aktivitäten mit der Steinbeis Business School Rhein-Main, eine Außenstelle der Steinbeis-Hochschule Berlin. Die kommunalen Mittel seien „moderat sinnbringend eingesetzt“, so der Dezernent. Während andere Kommunen für den Aufbau solcher Aktivitäten dicke Zuwendungen des Landes erhielten, müsse die Stadt dies aus dem eigenen Etat bestreiten.